

Von Flüchtlingen bis zum Freihandelsabkommen

EUROPATAG CDU-Politiker Markus Koob zu Gast an der ARS

NEU-ANSPACH (red). Vor einigen Jahren hat die Europäische Union in Kooperation mit den jeweiligen Landesparlamenten den sogenannten Europatag ins Leben gerufen. An diesem Tag besuchen Abgeordnete des Bundestages ausgewählte Schulen, um mit den Jugendlichen über die EU und die europäische Politik zu sprechen. Auch inländische Themen können dabei diskutiert werden.

Wie schon im vergangenen Jahr nutze die Adolf-Reichwein-Schule die seltene Gelegenheit, ihren Schülern den direkten Austausch mit einem Bundestagsabgeordneten zu ermöglichen. Erneut stellte sich dabei der aus Kronberg stammende Markus Koob von der CDU zur Verfügung, welcher seit Ende 2013 der direkt gewählte Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Hochtaunus ist. So widmete er sich knapp zwei Stunden lang den vielfältigen Fragen von knapp 50 Jugendlichen aus drei PoWi-Kursen der zwölften Klasse.

Die Themen, die angerissen wurden, waren vielfältig. Zunächst ging es um die Flüchtlingsproblematik und um die Frage nach der Aufnahme von Asylbewerbern. Koob verwies hier auf die gemessen an der Größe Deutschlands verhältnismäßig geringe Zahl an Flüchtlingen, die man bisher aufgenommen habe. Generell sei es ein europäisches Problem, an dem gemeinsam gearbeitet werden müsse. Vor allem ginge es auch darum, die kri-

minellen Schlepper zu bekämpfen und auch um die Beseitigung der Ursachen für die Flüchtlinge, ihre Heimat zu verlassen: den Kampf gegen Armut und Unterentwicklung. Auch bei dem Thema IS (Islamischer Staat) sprach sich Koob für eine gemeinsame europäische Strategie aus, denn die UN sei durch die Vetomächte wie vor allem Russland nicht handlungsfähig. Daher müsse Europa sich für die Beseitigung der Menschenrechtsverletzungen einsetzen – ob dazu aber die Entsendung von Bodentruppen nötig sei, sehe er eher skeptisch.

Ein weiteres großes Thema war Griechenland. Hier übte Koob Kritik an der neuen griechischen Regierung, die sich wenig reformwillig zeige und Europa somit keine Gründe liefere, die Griechen zu unterstützen. Die Folgen eines „Grexit“ seien jedoch schwer abschätzbar und es gebe dazu sehr viele unterschiedliche Auffassungen.

Neben den weiteren Themen „Freihandelsabkommen“, „Demokratiedefizit in der EU“ und „NPD-Verbot“ ging es auch noch um den Konflikt rund um die Ukraine und Russland. Laut Koob sei die Lage schwer einzuschätzen, da der russische Präsident Putin unberechenbar sei und man zeitweise an den Kalten Krieg erinnert werde. Letztlich könne Europa das Verhalten Russlands nicht hinnehmen, da dies sonst eine gefährliche Signalwirkung haben könne. Die Gefahr eines dritten Weltkriegs sehe er aktuell aber nicht.



Bundestagsabgeordneter Markus Koob (Vierter von links) im Kreise der ARS-Schüler.

Foto: privat